

europaticker:

**Regierungskoalition vertagt Sonderabgabe für Windanlagen: Bündnisgrüne Fraktion für Neustart
IG Metall Küste und Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) appellieren**



.....
Bundesregierung muss im Interesse des Klimaschutzes und der Arbeitsplätze endlich handeln

Der Klimaschutz sichert Arbeit und Wertschöpfung in Deutschland. Die IG Metall Küste und der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) fordern die Bundesregierung deshalb auf, nach der Entscheidung für einen Kohleausstieg den Ausbau von Wind-, Solar- und Biomasseenergie voranzutreiben. „Die CO2-freie Energiewirtschaft sorgt für einen Innovationsschub und sichert den Industriestandort Deutschland. Sie unterstreicht, dass Wachstum, Nachhaltigkeit, Sicherung und Aufbau von Beschäftigung sowie Ressourcenschonung miteinander möglich sind“, heißt es in einem gemeinsamen Positionspapier, das Meinhard Geiken, Bezirksleiter der IG Metall Küste, und BEE-Präsidentin, Dr. Simone Peter, anlässlich der 47. Ordentlichen Bezirkskonferenz der Gewerkschaft am Donnerstag in Hamburg vorstellten.

„Mit der Stopp-und-Go-Politik der Bundesregierung muss Schluss sein. Um den Heimatmarkt zu stärken und Arbeitsplätze in der Windindustrie zu sichern, braucht es endlich einen verlässlichen Ausbaupfad“, erklärte IG Metall-Betriebsleiter Geiken. „Die Bundesregierung muss bis zum Sommer mit einem Zeit- und Mengengerüst aufzeigen, wie sich die Klimaschutzziele erreichen lassen. Für die von Auftragsrückgängen besonders betroffene Windindustrie fordern wir, eine Ausweitung der Kurzarbeit zu prüfen, um so die Beschäftigung und damit wichtiges Know-how in den Betrieben zu sichern.“

Gewerkschaft und BEE sehen große Chancen in der Verbindung der CO2-freien Energiewirtschaft und digitalen Technologien. So können Flexibilisierungs- und Speichertechnologien den Kern einer zuverlässig stabilen Stromerzeugung bilden. BEE-Präsidentin Peter: „Wir fordern einen verlässlichen und ambitionierten gesetzlichen Rahmen für den Ausbau Erneuerbarer Energien sowie eine breite Diskussion über die Chancen und die soziale Ausgestaltung der Energiewende. Die Bundesregierung darf sich darum nicht länger herumdrücken. Die Investitionen in die Zukunft unseres Energiesystems benötigen klare politische Bekenntnisse.“

Geiken nutzte die Bezirkskonferenz, um zur Teilnahme an der Großkundgebung der IG Metall am 29. Juni in Berlin aufzurufen. Unter dem Motto „FairWandel“ wollen Zehntausende Metallerinnen und Metaller aus dem gesamten Bundesgebiet für eine soziale und ökologische Transformation der Industrie demonstrieren. „Wir werden mit mehreren tausend Kolleginnen und Kollegen von der Küste dabei sein und unser Thema Klimaschutz und Arbeitsplätze auf die Straße bringen“, so Geiken.

Regierungskoalition vertagt Sonderabgabe für Windanlagen: Bündnisgrüne Fraktion für Neustart

Die ursprünglich für Mittwoch geplante abschließende Beratung im Wirtschaftsausschuss über die Einführung einer Sonderabgabe für Windanlagen wurde von den Koalitionsfraktionen kurzfristig abgesetzt. Als Grund nannten SPD und Linke weiteren Beratungsbedarf. Die Abgabe soll nun in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses vor der Landtagswahl erneut behandelt werden.

Bei einer Expertenanhörung im Wirtschaftsausschuss Anfang April waren die Vorschläge für eine Wind-Sonderabgabe an Gemeinden in Höhe von 10.000 Euro als nicht verfassungskonform bewertet worden. „Die Gesetzentwürfe genügen nicht den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an die Zulässigkeit von Sonderabgaben“, hieß es damals von der Stiftung Umweltenergierecht zu den vorliegenden Entwürfen. Allein das Ziel Akzeptanz zu schaffen, rechtfertige keine Sonderabgabe.

Die bündnisgrüne Landtagsfraktion fordert jetzt einen Neustart: „Wenn ein verfassungskonformer Vorschlag bis Juni vorliegt, werden wir dem gerne zustimmen. Dafür müsste der Gesetzentwurf allerdings erheblich geändert werden – weg von einer Sonderabgabe hin zu einer Ressourcennutzungsgebühr. Wir unterstützen das Anliegen, die Kommunen stärker bzw. systematisch an der finanziellen Wertschöpfung von Windenergie zu beteiligen. Hierfür liegt ein zeitnah umsetzbarer Vorschlag der Stiftung Umweltenergierecht auf dem Tisch. Alles andere wäre das Gegenteil von seriöser Politik“, sagte die wirtschafts- und energiepolitische Sprecherin der Fraktion Heide Schinowsky.

Hintergrund:

Der Vorschlag der Stiftung Umweltenergierecht lautet: „Um eine Windenergieabgabe zu implementieren, stünde der Ansatz der Ressourcennutzungsgebühr als verfassungskonformer Weg alternativ zu den vorgeschlagenen Sonderabgaben offen. Im Fall der Windenergienutzung stellt der Außenbereich ein knappes, staatlich bewirtschaftetes Gut der Allgemeinheit dar. Die planungsrechtliche Privilegierung von Windenergienutzungen schlägt sich bei Vorhabenträgern als Sondervorteil nieder. Dieser kann abgeschöpft werden.“

Quelle: https://stiftung-umweltenergierecht.de/wp-content/uploads/2018/06/Stiftung_Umweltenergierecht_WueStudien_09_Au%C3%9Fenbereichsabgabe.pdf

Lesen Sie mehr: Positionspapier „[Klimaschutz sichert Arbeit und Wertschöpfung](#)“ von IG Metall Küste und Bundesverband Erneuerbare Energie e.V.

Als Dachverband der Erneuerbare Energien-Branche in Deutschland bündelt der Bundesverband Erneuerbare Energie die Interessen von 55 Verbänden, Organisationen und Unternehmen mit 30 000 Einzelmitgliedern, darunter mehr als 5 000 Unternehmen. Die Erneuerbaren-Wirtschaft bietet heute rund 340 000 Arbeitsplätze und 3 Millionen Kraftwerke. Unser Ziel: 100 Prozent Erneuerbare Energie in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität.

Der IG Metall Bezirk Küste zählt rund 182.400 Mitglieder in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen und dem nordwestlichen Niedersachsen. Die Gewerkschaft vertritt die Interessen der Beschäftigten aus den Bereichen Metall- und Elektroindustrie, Handwerk, Textil und Bekleidung sowie Holz und Kunststoff.

erschienen am: 2019-05-09 im europaticker

Wir verwenden keine Cookies, weil uns das Surfverhalten von mehr als 1 Millionen Besucher monatlich nichts angeht.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung zu dem Beitrag:

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Impressum (Kurzfassung):

EUROPATICKER mit den Magazinen: **Umweltruf, Korruptionsreport und Green IT**

Das Magazin mit Hintergrund aus der Entsorgungsbranche

Deutscher Presserat (ID-Nummer 3690)

Herausgeber Hans Stephani

Beratender Betriebswirt - Journalist - Autor

Blumenstr. 11, 39291 Möser

Telefon: 039222 - 4125 Telefax: 039222 - 66664

Der **EUROPATICKER Umweltruf** erscheint im 19. Jahrgang. Das Ersterscheinungsdatum war der 20. März 2000.

Für die Titel: **EUROPATICKER, KORRUPTIONSREPORT und UMWELTRUF** nehmen ich Titelschutz nach § 5 Abs. 3 MarkenG. in Anspruch.

Ich unterliege dem Presserecht des Landes Sachsen-Anhalt.

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes und nach Telemediengesetz (TMG) ist: Diplom-Betriebswirt Hans Stephani.

Anzeigenverwaltung:

EUROPATICKER - Verlag GmbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Stendal unter der Nummer B 2311, Geschäftsführer: Beatrix

Stephani, Steuerliche Angaben: Finanzamt Genthin Steuernummer: 103/106/00739, Blumenstr. 11 D-39291 Möser Telefon: 039222 4125, Telefax:

telefax@europaticker.de

[Zurück zum Nachrichtenüberblick](#)

[Diese Meldung ausdrucken](#)